



# Friedenskreis Castrop-Rauxel

Oktober 2018

[www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de](http://www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de)

## Stopp! Für alle Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

Nach drei Jahren Krieg herrscht im Jemen nach Uno-Angaben die größte humanitäre Katastrophe der letzten 50 Jahre. Obwohl Rüstungsexporte in solche Krisengebiete verboten sind, hat die Bundesregierung aktuell wieder Waffenexporte an die Aggressor-Staaten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten genehmigt und deren Einsatz im Jemen in Kauf genommen. Das ist in höchstem Maße unverantwortlich, verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und das Völkerrecht und muss sofort beendet werden.

### Krieg im Jemen ...

Unter der Führung von Saudi-Arabien hat 2015 eine Koalition aus acht arabischen Staaten im Jemen in innere Konflikte eingegriffen, um ihre eigenen und stellvertretend auch us-amerikanische Interessen gewaltsam durchzusetzen. Seitdem führen sie einen erbarmungslosen Luftkrieg: Mit einem Drittel der über 16000 Bombeneinsätze wurden Wohngebiete bombardiert. Zerstört wurden 212 Schulen, 57 Fabriken einschließlich der Nahrungsmittelindustrie, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie Landwirtschaftsbetriebe. Gleichzeitig blockiert Saudi-Arabien mit einer See- und Landblockade die Lieferung von dringend benötigten Wirtschafts- und Hilfsgütern nach Jemen und versperrt den Menschen die Flucht vor der desaströsen Situation, die von UN-Nothilfekordinator Mark Lowcock als „die schlimmste humanitäre Katastrophe der letzten 50 Jahre“ bezeichnet wurde: 22 Mio. Menschen brauchen humanitäre Hilfe zum Überleben, 8,4 Mio. stehen kurz vor dem Verhungern. Über 1 Mio. leiden an der bisher größten Choleraepidemie aller Zeiten.



*Bild eines unterernährten Kindes in einem Krankenhaus*

### ... und Deutschland liefert Waffen.

Trotz dieser katastrophalen Situation genehmigte schon die alte Bundesregierung allein von Januar 2017 bis zum Ende der Legislaturperiode Rüstungsexporte in Höhe von 1,5 Mrd. Euro an die Staaten, die den Jemen mit Krieg überziehen. Dabei gingen z.B. Patrouillenboote der Lürssen Werft an den saudischen Küstenschutz, obwohl sie für die Seeblockade gegen den Jemen eingesetzt werden können.

### Der Koalitionsvertrag mit Rüstungsstopp ....

Dies wurde im Koalitionsvertrag für die neue Regierung dann aber auf Betreiben der SPD ausgeschlossen: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

Tatsächlich bewilligte die neue Regierung in den ersten drei Monaten ihrer Regierungszeit nur einen einzigen geringfügigen Exportantrag für Saudi-Arabien.

### war schon nach 3 Monaten „Schnee von gestern“

Aber schon 4 Monate später war der Koalitionsvertrag vergessen und die Förderung von Rüstungsgeschäften hatte wieder höchste Priorität: Im geheim tagenden Bundes-Sicherheitsrat wurden bis September neue Waffenlieferungen im Wert von 416,4 Mio. Euro für Saudi-Arabien genehmigt, darunter Flugzeugteile, Vorrichtungen für Luftbetankung sowie Artillerie-Ortungssysteme für präzisen Beschuss.

## Der aktuelle Khashoggi-Schock

Nach der bestialischen Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi und öffentlicher Empörung erklärt die Kanzlerin „im Augenblick“ einen Stopp für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Aber die jahrzehntelange Praxis der Folter und Enthauptung von Dissidenten in dem Land ist seit langem bekannt. Wie lange wird also diese Absichtserklärung vorhalten?

## Die Regierung bricht die eigenen Gesetze ...

Die geltenden Rüstungsexport-Richtlinien in Deutschland verbieten Rüstungsexporte:

- wenn die Empfängerländer in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind.
- wenn in den Empfängerländern ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Konflikte durch den Export verschärft würden.
- Wenn in den Empfängerländern gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen wird und hinreichender Verdacht besteht, dass die importierten Waffen zur Unterdrückung eingesetzt werden.

Diese Richtlinien werden eindeutig missachtet.

## ... mit dreister Verdrehung der Realitäten

Als Begründung führt die Bundesregierung an, dass Saudi-Arabien "enger Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus" sei. Dies hat die Kanzlerin für Saudi-Arabien erklärt, als sie am 30. April 2017 nach zwei Jahren Krieg gegen den

Jemen mit Vorstandscheffs von Bilfinger, Siemens, Herrenknecht, der Deutschen Bahn und Lufthansa das Königreich Saudi Arabien besuchte und eine profitversprechende Ausweitung der militärischen, polizeilichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbarte. Seither ist die Bundeswehr an der Ausbildung saudischer Militärs beteiligt und die Polizei am Aufbau eines intensiven Grenzschutzsystems von EADS, welches Grenzübertreite an der 9000 km langen Grenze zum Jemen verhindern soll.

Tatsächlich hat Saudi-Arabien aber wie in Syrien auch im Jemen islamistische militante Gruppierungen unterstützt mit Geld, Waffen und Verschonung von Bombardierungen.



## Wir fordern deshalb eine Umkehr der Regierungspolitik:

Die Bundesregierung will immer wieder „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“. Echte Verantwortung auf den Jemen bezogen würde bedeuten, mit allen Mitteln sofort und eindringlich auf eine Beendigung des Krieges zu dringen. Vorübergehende Skrupel vor Wahlen oder wenn die verbrecherische Politik des saudischen Königshauses durch die mutmaßliche Ermordung eines regierungskritischen Journalisten den Weg in die Medien findet, reichen nicht aus. Echte Verantwortung heißt:

- **Sofortiger Stopp aller Exportgenehmigungen für alle Länder, die im Jemen Krieg führen**
- **Beendigung der militärischen Zusammenarbeit**
- **Politischer Druck auf Saudi-Arabien zur Beendigung des Luftkrieges sowie der See- und Landblockade**
- **Wiederaufbauhilfe für den Jemen**